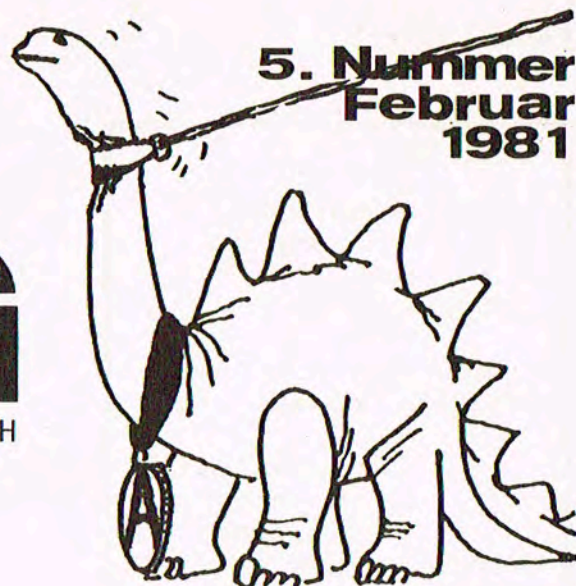


FALLÄTSCHÉ

Ziitig

ABHAENGIG UNABHAENGIG ABGEHAENG'T ANHAENGLICH

5. Nummer
Februar
1981



Warum ich so Mühe habe mit der Politik



Der Autor: Emanuel Hurwitz
SP-Kantonsrat seit 1979

Im März wird es ein Jahr her sein, dass der Regierungsrat ein Postulat von Heini Bloch (Schlieren) und mir entgegengenommen hat, und der Kantonsrat dem zugestimmt hat. Im Postulat wird gefordert, die regierungsrätliche Verordnung über die Psychiatrischen Gutachter sollte in dem Sinne abgeändert werden, dass die Berechtigung zur Er-

stellung von Schwanger - schaftsgutachten statt allein dem vom Regierungsrat speziell ermächtigten sog. ausserordentlichen Bezirksarztadjunkten grundsätzlich allen Psychiatern und ausserdem den Hausärzten gegeben wird, welche die schwangeren Frauen gut kennen. Ich wies in meiner Postulatsbegründung ausdrücklich darauf hin, dass wir im Kanton Zürich in einer höchst prekären Notsituation sind, indem praktisch nur 6-8 Gutachter für Schwangerschaftsgutachten zur Verfügung stehen, abgesehen vielleicht von den staatlichen Polikliniken. Das Postulat wurde in recht zeit- aufwendiger Vorbereitungsarbeit zusammen mit der Infra, der Vereinigung für straf- freien Schwangerschaftsabbruch, der Vereinigung unabhängiger Aerzte und einigen Allgemeinpraktikern ausgearbeitet. Eine Statistik der Infra wies nach, dass wegen des akuten Gutachtermangels jeden Monat zirka 10 Frauen ins Ausland geschickt werden müssen, was kompliziert, unwürdig und kostspielig ist.

Die Abänderung der Verordnung wäre eine winzige administra-

tive Massnahme gewesen, sie hätte aber weiteren rund 120 Frauen den Weg zum Gutachter erleichtert und damit gerechtere Bedingungen für eine Lösung des an sich schwierigen Problems einer unerwünschten Schwangerschaft geschaffen.

Jeden Monat müssen 10 Frauen ins Ausland geschickt werden

Im Kanton Bern wurde übrigens genau diese Regelung, wie sie im Postulat vorgeschlagen wird, eingeführt. Die Regierung hat grundsätzlich mit der entgegennahme des Postulats Ja gesagt zu dessen Forderungen. Das bisher in der Sache noch nichts geschehen ist, kann der Regierung juristisch nicht vorgeworfen werden: sie hat nämlich zur erledigung eines Postulats 6 Jahre Zeit. Für eine winzige Massnahme in einer für die Betroffenen äusserst belastenden Angelegenheit und angesichts der absoluten Notsituation wäre ein etwas beschleunigtes Tempo angebracht gewesen. Möglicherweise erledigt sich diese ganze Angelegenheit in diesem Frühjahr von selber, falls nämlich die Eidgenössischen Räte das psychiatrische Gutachten überhaupt ganz abschaffen würden. Wieso dann ein Postulat für nur ein Jahr?

impressum:

redaktionsadresse:

leimbachstrasse 72

8041 zürich

postcheckkonto 80-23887

herausgeber und verantwortliche redaktion:

madeleine
graf, judith rettich,

daniel

hurter, werner egli,

eugen groff, heinz

baumann, urban ries

**druck: fotodirekt ro-
press, zürich**

**erscheint: viertel-
jährlich**

Ich meine, dass es Notfallsituationen gibt, in denen man handeln muss.

Die Hoffnung, auf parlamentarischem Weg zu einer Lösung beitragen zu können, erwies sich als trügerisch. Die Entgegennahme des Postulats hiess noch lange nicht, dass der zuständige Gesundheitsdirektor tatsächlich daran interessiert ist, Schritte zu unternehmen.

Die Hoffnung, auf parlamentarischem Weg zu einer Lösung beitragen zu können, erwies sich als trügerisch

Für den noch wenig abgebrühten Kantonsrat, der naiverweise meinte, durch die Uebernahme eines solchen Mandats etwas zur verbesserung, z.B im Gesundheitswesen beitragen zu können, wurde dieses Beispiel- und es ist durchaus nicht die Ausnahme- Anlass zu Enttäuschung und Entmutigung.

Hat da nicht kürzlich jemand von Packeis gesprochen?

Aber es ist nicht nur das parlamentarische Packeis, das entmutigt. Mir macht der eigenartige Gebrauch der Sprache fast noch mehr Mühe. Die Regierung hat zwar Ja

gesagt zum Postulat, aber Nein gedacht, und ausserdem, wenn sie ja sage, könne Sie im Rat die Diskussion und damit eine gewisse Öffentlichkeit vermeiden, ohne das eine Verpflichtung zu allzuraschem Handeln besteht. Nein sagen im Rat hätte aber das Risiko einer Ueberweisung gegen den Willen der Regierung mit sich gebracht.

Die Forderung, deine Rede sei Ja ja, Nein nein, gilt offensichtlich nicht für Politiker

Das ist zweifelslos kein ungeschickter Schachzug: Ja sagen, Nein denken, entgegennehmen und doch nichts unternehmen.

Die Forderung, Deine Rede sei ja ja, nein nein, gilt offensichtlich nicht für Politiker.

Nun bin ich es als Psychoanalytiker an sich ja gewohnt, dass hinter dem, was Menschen vordergründig sagen, oft ganz andere Motive stecken. Als Psychotherapeut schlage ich mich tagtäglich mit dem krankmachenden Effekt von Lebenslügen herum. Aber diese Lebenslügen sind nicht der Ausfluss einer raffinierten Taktik, sondern einer inneren Not, aus der ein Mensch keinen andern Ausweg gefunden hat. Unter dem Schutz einer guten Beziehung kann er zur Wahrheit zurückfinden.

Dem Politiker hingegen ist an der Wahrheit wenig gelegen. Sprache wird hier nicht zur Formulierung von etwas Wirklichem gebraucht, sondern stets unter dem Aspekt der Macht.

Wenn mir ein sogenannt guter oder geschickter Politiker A sagt, wäre es falsch, mir nur über A Gedanken zu machen. Fast wichtiger ist die Frage, was der Betreffende mit der Bemerkung A wollte, was er im Schilde führte, warum er A und

nicht B und A gerade mir und nicht dem oder jenem gesagt hat.

Während der Psychoanalytiker sich fragen muss, was sein Klient eigentlich meint, muss sich der Politiker fragen, was sein Gesprächspartner eigentlich will. Oder mit andern Worten: der Analytiker sucht so etwas wie Wahrheit, der Politiker überlegt sich die Nützlichkeit oder Zweckmässigkeit, und dies immer unter seiner politischen Flagge.

Diese beiden Tendenzen klaffen oft so sehr auseinander dass von einem psychonalytischen Politiker ein fast unerträgliches Ausmass an eigener Schizophrenie verlangt wird, um sich selber in zwei so widersprüchliche Personen aufteilen zu können.

Gefühlsmässig halte ich diese ZerreiSSprobe kaum aus, politisch empfinde ich sie immer noch als Herausforderung.

Emanuel Hurwitz

Aus allen Häusern stürzen die Menschen.

Der Schrecken beherrscht die Strasse und jeder Einzelne wird von einer schmierigen, eiskalten Hand im Genick gepackt, um nicht wieder losgelassen zu werden

Nur weg von hier! Weg vom Inferno des Schreckens.

Von Bomben zerfetzt und Splintern aufgeschlitzt werden Familienangehörige zurückgelassen und Giftgase holen auch die Schnellsten ein.

Wir Sterben mit krampfverzerrem Gesicht, röchelnd und mit zuckenden Gliedern.

KEIN ZURUECK!

Es gibt wichtigeres als Frieden, meint ein Ausssenminister mit entschlossenem Gesichtsausdruck.

urban ries



Der Autor: Beat Bürcher, SP Gemeinderat 1974-80

WESHALB IST AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION NOTWENDIG ?

Wenn wir von der kaum bestreitbaren Tatsache ausgehen, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft mit einem bürgerlich-demokratischen Staat leben und dass aus einer linken Position eine wirkungsvolle Opposition notwendig ist, um Verschlechterungen zu verhindern und Verbesserungen zu erreichen, dann sollte eigentlich klar sein, dass eine parlamentarische Opposition allein nicht genügen kann.

Denn diese parlamentarische Opposition bleibt ja als Minderheit in grundsätzlichen Fragen in der Regel wirkungslos und kann nur in Nebenfragen aufgrund von Kompromissen und dank der Konzessionsbereitschaft des Bürgertums Erfolge buchen.

Und meist ist diese Konzessionsbereitschaft gerade das Resultat des Drucks einer ausserparlamentarischen Opposition. So gesehen ist eine parlamentarische Opposition der Linken überhaupt nur sinnvoll, wenn sie nicht isoliert, sondern als Teil einer umfassenden Opposition zu handeln versucht.

Verschiedene Formen von APO

Nun gibt es natürlich verschiedene Formen ausserparlamentarischer Opposition. Es gibt jene APO, welche die vorhandenen institutionalisierten Mittel und Verfahren der Politik auszunützen versucht: das Referendum, die Initiative, die Petition sowie die offiziellen Vernehmlassungs und Einspracheverfahren. Sie beschränkt sich daher auch auf den demokratisch organisierten politischen Bereich des Staates. Der von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bestimmte ökonomische Bereich muss ausgeklammert bleiben. Diese Möglichkeit der ausserparlamentarischen, politischen Rechte wird von den linken Parteien, die im Parlament vertreten sind, genutzt. Und dabei sind zumindest auf kommunaler Ebene auch Teilerfolge möglich. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass diese politischen Mittel nicht etwa nur von der Linken eingesetzt werden, sondern oft und erfolgreich auch von der Rechten, um fortschrittlichen Reformvor-

APO an der Zwirnerstrasse

Ausserparlamentarische Opposition: das liest sich wie der Name eines grönländischen Ferienortes.

Weit gefehlt: dieser Ausdruck bezeichnet etwas das wir alle kennen. Die Mieter an der Zwirnerstrasse haben den Leimbachern gezeigt wie mensch diesen Begriff der APO mit einem jedermann verständlichen Inhalt füllen kann. (wir haben in Ausgabe 3 + 4 darüber berichtet)

Durch den massiven Autoverkehr aufgeschreckt, organisierten sich die Anwohner der Zwirnerstrasse mit dem Ziel, "ihre" Strasse wieder ruhiger, menschlicher zu machen.

Die Kenntnis der eigenen Lebensdauer verhinderte den Versuch sich mit dem Stadtrat, Parlament oder einer Partei einzulassen, mensch wollte es ja noch er- und überleben.

Und der Erfolg ihrer Aktionen hat den APO-Leuten aus der Zwirni Recht gegeben.

die redaktion



schläge von Behörden und öffentlichen Verwaltungen zu verhindern.

Es gibt aber auch APO, die sich ausserhalb dieses Rahmens der institutionalisierten Mittel und Verfahren bewegt. Sie ist deshalb keineswegs ausserhalb der Legalität, sondern sie nutzt die garantierten Freiheitsrechte, die Meinungsäusserungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, um für ihre Forderungen Öffentlichkeit herzustellen und den notwendigen Druck zu erzeugen.

EIN ZWEITER WICHTIGER GRUND

Diese APO ist nicht gezwungen, sich auf den vom bürgerlichen Staatsverständnis definierten politischen Bereich zu beschränken. Sie kann auch Probleme und Forderungen, welche die Produktionsverhältnisse betreffen, aufgreifen. Und es gibt ja sehr viele grundsätzliche Fragen, die zu diesem politisch ökonomischen Grenzbereich gehören. Erwähnt sei hier nur die AKW-Frage. Der zweite Grund für die Notwendigkeit einer wirksamen APO ist deshalb die mögliche Ueberwindung der Beschränkung demokratischer Einflussnahme auf einen engen politischen Bereich. Das Interesse des Kapitals an der Aufrechterhaltung dieser Beschränkung ist

ebenso offensichtlich wie die enge wirtschaftlich-politische Verknüpfung in seiner eigenen Einflussphäre. Die Anti-AKW-Bewegung ist ein Beispiel für die Nutzung dieser Möglichkeit einer APO, indem sie sich gegen den gesamten staatlich-industriellen Energiekomplex richtet.

Die Arbeiterbewegung hat diese Mittel ausserparlamentarischer Opposition in der kämpferischen Auseinandersetzung mit Staat und Kapital früher gut zu nutzen verstanden und dabei eine eigentliche politische Kultur entwickelt. Davon ist jedoch leider nicht allzuviel übrig geblieben.

Damit kommen wir auch zum dritten Grund für die Notwendigkeit einer ausserparlamentarischen Opposition der Linken. Sie kann und sollte eine Chance sein zur Entwick-

lung einer eigenen politischen Kultur, das heisst einer Kultur der politischen Arbeit und Auseinandersetzung. Gemeint ist eine politische Kultur, die ihre Mittel und Formen nicht einfach vom bürgerlichen Staat übernimmt, sondern selbständig erarbeitet. Eine politische Kultur, die vor allem Öffentlichkeit schafft und dabei auch den öffentlichen Raum der Strassen und Plätze einbezieht. Eine politische Kultur, die auf der Solidarität Betroffener und der Solidarität mit Betroffenen aufbaut. Die Zürcher Jugendbewegung hat hier alte Formen wieder belebt und neue geschaffen. Sie hat vor allem mit ihrer Phantasie neue Qualitäten produziert. Es kann und darf nun nicht darum gehen, einfach nachzuahmen. Wohl aber darum, sich anregen zu lassen.

Beat Bürcher

Blätter *des letzten*

Die Ereignisse dieses Sommers, sprich Jugendbewegung, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die etablierten Tageszeitungen und Zeitschriften einer umfassenden, ehrlichen Information nicht gerecht werden können. Entweder weil sie sich einer redaktionellen Rechtspolitik verschrieben haben (Jugend = Gesindel) oder dann, weil sie wegen ihrer Grösse und ihrer kapitalwirtschaftlichen Betriebsstruktur stark von Inserenten abhängig sind, sich leicht unter Druck setzen und einschüchtern lassen.

Allen, die jedoch auch an unterschlagenen, totgeschwiegenen Informationen interessiert sind, steht heute eine starke unabhängige Links- und Bewegungspresse zur Verfügung. Gemeinsam ist diesen Zeitungsmachern eine konsequente politische Linie, relative Unverletzlichkeit durch Inserenten, Mitbestimmung/Selbstverwaltung, keine sture Arbeitsteilung und niedrige Löhne.

Uns ist es ein grosses Anliegen, diese Zeitungen bekannt zu machen, etwas zu ihrem Überleben beizutragen. Nehmt, kauft, abonniert die im folgenden vorgestellten Zeitungen, vergleicht mit den Massenblättern...

tell

Der «tell» ging anfang 1979 aus einer Fusion von «focus» und «Leserzeitung» hervor und erscheint vierzehntäglich. Seit seinem Bestehen hat der «tell» eine grosse Entwicklung durchgemacht, er wird von Nummer zu Nummer attraktiver und spannender. Ein übersichtlich gegliederter Regionalteil informiert über Vorfälle, Ereignisse und Aktivitäten der linken Subkultur der ganzen Schweiz. Dazu umfasst die Palette der Artikel eigentlich alle Themenbereiche, die einen Normalbürger einfach interessieren müssen, zur Zeit zum Beispiel die Prozessklärung von Rolf Clemens Wagner vor dem Gericht in Winterthur.

SMOG

«smog» bedeutet Industriesmog, aber auch «schweizerisches monatsmagazin für ökologie und gesellschaft» und versteht sich als «totales magazin». Diese Bezeichnung wirkt zwar leicht übertrieben, aber durchaus berechtigt, wenn man dieses erst seit August 1980 bestehende Monatsmagazin als das betrachtet, was es sein will: Der «smog» ist nicht eine Zeitschrift für den linken Kuchen, sondern für potentielle Anwärter, für Leute, die am Erwachen sind, gemerkt haben, dass nicht alles so rund läuft. In diesem Sinne enthält «smog» informative Artikel zur Umweltsituation, über 3.-Welt-Probleme und Gesellschaft (Erziehung, Emanzipation etc.).

EISBRECHER

Der «Eisbrecher» ist die neue Wochenzeitung der Bewegung. Aller Wahrscheinlichkeit nach die Zeitung der Zukunft. Nach eigenen Angaben eine Mischung zwischen «NZZ» und «Stiletto», was bedeutet: gut recherchierte Artikel, politische Aussage genau 180 Grad umgekehrt. Verkauft wird der «Eisbrecher» jeweils vom Freitagabend an in den Beizen des Niederdorfs und im Kreis 4.

Auch wir haben dem Druck unserer Inserenten nachgegeben!
Genössliche Grüsse an unsere Partei.

EINE UMFRAGE IN LANGNAU ZU DEN NEUESTEN VERKEHRSVERHÄLTNISSEN IM SIHLTAL ERGAB DAS ÜBLICHE BILD: NUR DIREKT BETROFFENE MACHEN SICH DIE MÜHE, IHRE MEINUNG KUNDZUTUN. 160 DER 2500 LANGNAUER HAUSHALTE HABEN STELLUNG BEZOGEN MIT KLAREM TENOR: 96% SIND MIT DER HEUTIGEN VERKEHRSMISERE ÄUSSERST UNZUFRIEDEN, 94% SIND BEREIT, ZUR ENTLASTUNG DER SIHLTALSTRASSE DEN BAU DER N4 DURCH DAS KNONAUER-AMT SCHNELLSTENS VORANZUTREIBEN, IN SELTENER ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN GEMEINDEVERTRETERN DES BEZIRKES HORGEN.

Als Leimbacher begreifen wir dies nur zu gut, kränken wir doch am gleichen Uebel. Auch die Redaktion der Fallätsche Ziitig ist für (fast) jeden Weg, diese Katastrophe zu beseitigen. Aber beim Langnauer Lösungsvorschlag, via N4 den Verkehr anderswo abfliessen zu lassen, stockte uns der Atem: zuerst vor Schock, dann vor Wut. Man will also den Schwarzen Peter gnädigst einem anderen zuhalten. Auf das eigene Auto will man nicht verzichten, mit seinem Vehikel belästigt man weiterhin andere Quartiere und Dörfer. Aber wehe, wenn andere das genau gleiche im Sihltal tun, dagegen wehrt man sich.

Das Problem wird fröhlich nach dem ST. Florians-Prinzip gelöst: uns das Autovergnügen, den anderen die Umweltbelastung. Wir sträuben uns entschieden gegen eine solch blinde Politik: das kann die Lösung nicht sein. Das Säuliamt darf nicht kaputtgehen. Es dient mit seinen unbegrenzten Wandermöglichkeiten zu vielen Aemtlern, Leimbachern und Langnauern als Naherholungsgebiet.

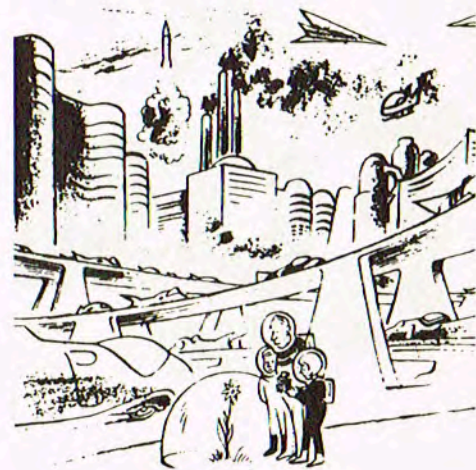
Man könnte uns sagen, dass alle, die autofahren od. ihren fahrbaren Untersatz in unvernünftiger Weise benützen, am ganzen Drama schuld sind. Das mag zum guten Teil stimmen.

Wie mancher Langnauer (Leimbacher?) fährt wohl zweimal täglich durch Leimbach, obwohl er den Arbeitsweg mit SZU od. VBZ fast so schnell hinter sich bringen könnte? Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Leider ist das Problem nicht ganz so einfach. Viele brauchen ihr Auto, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Das Grundübel liegt viel weiter weg, unsichtbar. Es ist die Bodenspekulation, die die Wohnungpreise so hoch hinaufdrückt, dass sich der Normalbürger eine Wohnung in der Nähe seines Arbeitsplatzes in Zürich, nicht mehr leisten kann. Er ist gezwungen, ins ehemals noch grüne Sihltal od. nach Zug umzusiedeln. Gewechselt wurde aber nur die Wohnung, nicht etwa der Arbeitsplatz. So müssen die Betroffenen täglich den langen Arbeitsweg, zum Grossteil im Auto, durch's Sihltal nach Zürich zurücklegen.

Ein weiterer Hauptgrund liegt darin, dass die SBB-Gütertaxen massiv erhöht wurden. Dies führte dazu, dass der Warenverkehr von der Schiene auf die Strasse (Lastwagen) verlagert wurde. Überlegen Sie sich selbst, welche Parteien am meisten gegen das SBB-Defizit lästern. Sicher nicht diejenigen, die die Lastwagenbelastung zu tragen haben, sondern die, welche am Lastwagen verdienen.

Kommen wir zum Schluss wieder auf die Langnauer Umfrage zurück.

Ist es nicht seltsam, dass die Langnauer Bevölkerung gerade gefragt wurde: ob sie die Lösung im Bau der Aemtler-Autobahn sehe? Der Verdacht liegt nahe, dass die Gemeindevertreter des Bezirkes Horgen die Sihltaler Verkehrsmisere dazu benutzen wollen, der Bevölkerung den umstrittenen Strassenbau schmackhaft zu machen.



Aus Privatinteressen, denn sie od. ihre Parteifreunde im Säuliamt (Baugeschäfte, etc) können daran eine Stange Geld verdienen. Was die Politiker den Betroffenen wohlweislich zu sagen vergessen, ist die Tatsache, dass auch der Bau der N4 das Problem nur scheinbar löst. Die allgemeine Verkehrszunahme wird spätestens nach einem Jahr den Zustand


```
*****  
*****  
*****  
*****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          **   *****  
*****          ****  *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
*****          *****  
  
**SIND ZU RICHTEN AN*****  
FALLAETSCH E ZIITIG*****  
****LEIMBACHSTR. 72*****  
*****8041*****  
*ZUERICH*****  
*****  
*****  
*****  
*****
```